Nummer 37

Berliner Börsen-Zeitung

Morgenausgabe · Preis 10 Pfennig. 71. Jahrgang. Sonnabend, 23. Januar 1926

Als Beilagen erscheinen: Der vollständige Kurszettel der Berliner Börse und viele tabellarische Übersichten. Der deutsche Beamte. Reise- und Bäder-Beilage sowie tägliche Roman-Beilage

Für Manuskripte übernimmt unser Verlag keine Verantwortung

Verantwortl. Leiter handelsteil: W. Funk Berlin-Pankow. Dr. Paul Gebert Berlin. Kunst Wissenschaft und Lokales: S. Köppen Berlin-Steglitz. Anzeigenteil: H. Kongiewska Berlin-Charlottenburg. Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung Druckerei und Verlag Ges. m. b. H. Berlin W 8 Kronenstraße 37

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37

Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten

Unverlangt eingeschickte Manuskripte werden nicht berücksichtigt

Fernsprecher: Für den Handel Zentrum 8669; für Politik, Kunst und Lokales Zentrum 243, für die Expedition Zentrum 12352 und für die Druckerei Zentrum 2488

Anzeigenpreis: Die 12gespaltene Zeile 1.— Rmk., Stellungsuchende 0,50 Rmk., Reklamezeile 5.— Rmk. Bezugs-Preis: Monatlich 6.00 Rmk. Die Zeitung erscheint an der Woche zweimal. Bestellungen nehmen Zeitungsspediteure unsere Geschäftsstelle und alle Postanstalten des Deutschen Reiches entgegen. Auslands-Bezug nur unter Streifband. Bestellungen sind direkt an unsere Geschäftsstelle zu richten. Der Bezugspreis beträgt im 1. Quartal 1926 für Amerika 7,50 Dollar, Frankreich 200 französische Francs, Belgien 175 belgische Francs, Schweiz 40 schweizerische Francs, Holland 18 holländische Gulden, Dänemark 30 dänische Kronen, Schweden 30 schwedische Kronen, Norwegen 40 norwegische Kronen, England 36 Schilling, Italien 200 Lire, Rumänien 2000 rumänische Lei, Spanien 50 spanische Peseta, Tschechoslowakei 250 tschechische Kronen, Brasilien 50 Milreis, Argentinien 20 Pesos Serbien 300 Dinar: für den Monat Januar 1926 nach Oesterreich, Ungarn, Polen 10.— Rmk., Litauen 30 Lit, Lettland 775 lettische Rubel, Finnland 100 finnische Mark, Estland 1300 estländische Mark

Telegramm-Adresse: „Börsenkrone" | Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts | Postscheck-Konto: Berlin Nr. 26412

Sozialistisch-kommunistische Einigung vollzogen.

Gemeinsamer Kampf für den Volksentscheid.

Ueber die gestrige gemeinsame Sitzung der Sozialdemokraten und Kommunisten unter Mitwirkung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zur Besprechung des Volksentscheides über die Fürstenabfindung wurde folgender Bericht ausgegeben:

Im Reichstag traten am Freitag nachmittag unter dem Vorsitz eines Vertreters des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Vertreter der Sozialdemokratischen Partei, der Kommunistischen Partei und des Ausschusses zur Durchführung des Volksentscheids zusammen, um eine Einigungsaktion aller Beteiligten auf einen gemeinsamen Entwurf für ein Gesetz zur entschädigungslosen Enteignung der Fürstenhäuser herbeizuführen. Es ergab sich, daß über die grundsätzlichen Fragen Einigkeit bestand und daß auch die beiden Entwürfe, der bereits eingereichte und der von der sozialdemokratischen Partei vorgelegte, grundsätzlich nicht voneinander abwichen. Eine engere Kommission wurde eingesetzt, die unter Zugrundelegung beider Entwürfe einen gemeinsamen Entwurf ausarbeiten soll. Der Gesamtausschuß wird am Sonnabend nachmittag wieder zusammentreten, um möglichst einen endgültigen Beschluß über den einzureichenden gemeinsamen Antrag zu fassen.

Diese „amtliche" Mitteilung läßt mit Sicherheit erkennen, daß die Einigung zwischen Sozialdemokratie und Kommunistischer Partei in der Frage des Volksentscheides vollzogen ist. Die politische Bedeutung dieses Ereignisses ist hier bereits erörtert worden. Die Vorbereitungen zum Volksentscheid werden die Volksseele ebenso tief aufwühlen wie ein Wahlkampf. Notwendig ist also in erster Linie, daß die Agitation sich nicht auf den roten Block allein beschränkt, der in dem Volksentscheid die Entscheidungsschlacht des revolutionären Gedankens und in dem Siege den entscheidenden Sieg des Umsturzgedankens sieht, sondern daß die bürgerlichen Parteien durch Aufklärungsarbeit die hinter ihnen stehende Mehrheit des Volkes über den urbolschewistischen Sinn der Aktion unterrichten, die die Sozialdemokraten und die Kommunisten Arm in Arm unternehmen. Notwendig ist es außerdem, daß auch der linke Flügel der jetzigen Regierungskoalition nunmehr rückhaltlos und entschlossen den Strich zu ziehen sich und den nach links abgerutschten sozialistischen Frauen den von gestern zieht und in die Abwehrfront derer eintritt, die Recht, Gesetz und Privateigentum gegen willkürliche Eingriffe schützen wollen.

Reichsernährungsminister: Dr. Haslinde.

Berlin, 22. Januar.

Der Herr Reichspräsident hat den Regierungspräsidenten in Münster, Dr. Haslinde, zum Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft ernannt.

Im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft verabschiedete sich am Freitag vormittag Reichsminister Graf Kanitz mit warmen Worten von seinen Beamten. Er skizzierte kurz die Ziele und Erfolge des Ministeriums in dieser Zeitspanne und gab der Hoffnung Ausdruck, daß durch die Wiedereinführung von landwirtschaftlichen Fällen, die Gründung der Rentenbankkreditanstalt und die übrigen Kreditaktionen wenigstens eine Grundlage geschaffen sei für die Sicherung und den allmählichen Wiederaufbau unserer Ernährungsbasis.

Ebenso verabschiedete sich gestern Reichsverkehrsminister Dr. Krohne von der Beamtenschaft des Reichswirtschaftsministeriums. Ein Vierteljahr, so führte Dr. Krohne aus, habe er die Geschäfte dieses Ministeriums geführt. Er habe eine hohe Achtung vor dem Können und der Arbeit gewonnen, die gerade in den letzten schweren Wochen von der Beamtenschaft des Reichswirtschaftsministeriums geleistet worden sei. — Die Beamtenschaft begrüßte den neuen Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius, der in einer Ansprache auf die große Verantwortung hinwies, die in dieser schweren Wirtschaftskrise auf dem Reichswirtschaftsministerium laste. Ein schwacher Ansatz zur Besserung der schweren Krise zeige sich bereits. Ohne verfrühten Optimismus gelte es jedoch, mit Nachdruck die wirtschaftlichen und handelspolitischen Aufgaben zur Lösung zu bringen, damit sich ein Aufstieg in unserer Wirtschaft auch wirklich durchsetzen könne.

Rheinlandreise des Reichspräsidenten im März.

Der Besuch des Reichspräsidenten in dem von der Besatzung geräumten Gebiet, der für den 28. Februar in Aussicht genommen war, wird voraussichtlich im März (nicht erst im Sommer) stattfinden, da für den 28. Februar der Reichstrauertag angesetzt ist. Ueber den Empfang finden zurzeit Verhandlungen mit dem Oberpräsidenten der Rheinprovinz, dem Preußischen Innenminister und dem Kölner Oberbürgermeister statt. Oberbürgermeister Dr. Adenauer, der zurzeit in Berlin weilt, wird demnächst vom Reichspräsidenten empfangen werden.

Paris verlangt von Deutschland die „Abrüstung der Geister".

Stimmen zum deutschen Protest.

Französische Beruhigungsversuche.

Paris, 22. Januar.

Die „Volonté" spricht im Anschluß an die deutsche Forderung nach Herabsetzung der Stärke der Besatzungstruppen im Rheinland von der Versöhnung, die nun zwischen Frankreich und Deutschland stattfinden müsse. Seit 18 Monaten treibe Frankreich gegenüber Deutschland eine Politik der Entspannung, wofür das Ablommen von Locarno ein Beweis sei. Frankreich müsse aus dieser Haltung einen doppelten Vorteil ziehen, nämlich die kostspieligen und prekären materiellen Garantien ersetzen durch diplomatische Garantien, die ebenso wirksam und viel billiger seien. Es müsse außerdem in Deutschland die Abrüstung der Geister verwirklichen, die unendlich viel mehr wert sei als die materielle Abrüstung. Einige 10 000 Mann im Rheinland mehr oder weniger hätten für Frankreich keine große Bedeutung, aber sie hätten eine große Bedeutung für die Stimmung in Deutschland. Wenn man

jetzt eine große Geste vornehme,

dann riskiere man nur wenig zu verlieren, um viel zu gewinnen.

Jacques Bainville schreibt in einer Betrachtung in der „Liberté" über den Schritt der Deutschen Botschafter in London und Paris und des Deutschen Gesandten in Brüssel wegen Herabsetzung des Besatzungsheeres, wahrscheinlich wird Deutschland Genugtuung gegeben werden, denn es zieht die

logische Schlußfolgerung aus dem Locarno-Abkommen.

Was ist denn der Sicherheitspakt? Was bedeutet er und was gilt er, wenn doch militärische Vorsichtsmaßnahmen getroffen werden müssen? Deutschland sagt: Locarno erfordert die schleunige und gänzliche Räumung des besetzten Gebietes. Die Räumung, so führt Bainville fort, wird um so leichter kommen, als niemand, weder im Parlament als anderswo, sich auch nur den Anschein gibt, sich daran zu erinnern, daß die Doktrin Frankreichs zehn Jahre gelautet hat: Unsere Sicherheit liegt am Rhein.

Der Bruch der Locarno-Versprechungen.

London, 22. Januar.

Die Wochenzeitschrift „Saturday Review" führt zur Frage der Stärke der Besatzungstruppen im Rheinland aus, die Auffassung der Botschafterkonferenz, daß die Zahl der Truppen in der zweiten und dritten Zone von 55 000 auf 75 000 Mann erhöht werden solle, erscheine auf jeden Fall befremdend und geradezu unsinnig, ja sogar gefährlich nach den auf der Locarno-Konferenz gemachten freundlichen Zusagen. Selbst in den deutschen Kreisen, die fündig für den Eintritt ihres Landes in den Völkerbund arbeiteten, frage man sich jetzt, ob es der Mühe Wert sei, Delegierte nach Genf zu senden, solange die versöhnliche Politik der dortigen französischen und britischen Vertreter der Botschafterkonferenz wirkungslos gemacht werden könne.

Der Abtransport wird hinausgezögert.

TU Köln, 22. Januar.

Mit dem Abzug des englischen Hauptquartiers aus Köln, der heute und morgen vor sich geht, verbleiben nur noch einige hundert Mann in Köln, die auch bis zum 29. Januar abtransportiert werden sollen. Die Einziehung der Flagge wird wahrscheinlich schon am 25. d. M. erfolgen. Nach der Flaggeneinholung wird dem Stab der letzten Truppenformation bleibt noch ein kleines Kommando zurück, das die Abwicklungsarbeiten in Verbindung mit der vollständigen Räumung der nördlichen Rheinzone zu erledigen hat. Es befinden sich noch an verschiedenen Orten der ersten Zone französische und belgische Truppen, deren Abtransport nach den Monat Februar, vielleicht auch den März in Anspruch nehmen wird. Bis zum Abtransport des letzten Soldaten und bis zur Beendigung der Abwicklungsgeschäfte bleibt die Zone Besatzungsgebiet und unterliegt daher den Bestimmungen des Rheinlandabkommens.

Britische Truppenbeförderung auf der Schelde.

London, 22. Januar.

Reuter zufolge ist zwischen der britischen, der holländischen und der belgischen Regierung vor längerer Zeit eine Vereinbarung über die Beförderung von britischen Truppen und Militärmaterial auf der Schelde geschlossen; nur Kriegsschiffe fremder Nationen dürfen dort nicht passieren, weshalb die Rückkehr der britischen Rheinflotille nach England durch die französischen Kanäle erfolgt.

Russische Truppen nach der Mandschurei.

Verschärfung der russisch-chinesischen Beziehungen.

TU Moskau, 22. Januar.

Der Kommandant der fünften Roten Armee hat von Moskau den Befehl erhalten, sofort größere Truppenteile an der chinesischen Grenze zusammenzuziehen. Diese Maßnahme steht in Zusammenhang mit einer russischen Note an die japanische Regierung, in der erklärt wird, daß Rußland sein Recht auf die ostchinesischen Eisenbahnen weiter in vollem Umfange ausüben und nicht gestatten werde, daß diese von mandschurischen Truppen benutzt werden. Um dies zu verhindern, sehe sich die Sowjetregierung gezwungen, Truppen nach der Mandschurei vorzuschieben. Der eben in Moskau eingetroffene Bericht des russischen Botschafters in China, Karachan, schildert die Lage in der Mandschurei als äußerst bedrohlich für die russischen Interessen. Karachan hat darauf die Anweisung erhalten, bei der Pekinger Regierung dringende Vorstellungen zu erheben. Auf den sibirischen Bahnen haben bereits große Truppentransporte begonnen, so daß der private Eisenbahnverkehr zwischen Sibirien und China auf Anordnung der Regierung für die nächste Zeit völlig gesperrt ist. In dem chinesisch-russischen Grenzgebiet ist bereits eine große Anzahl chinesischer Kaufleute von den Sowjetbehörden verhaftet worden.

Schanghai, 22. Januar.

Eine telegraphische Meldung aus japanischer Quelle bestätigt die Verhaftung Iwanoffs, des Sowjetdirektors der ostchinesischen Eisenbahn.

Tschangtsolins Vormarsch.

Im Einvernehmen mit Wuweifu.

Paris, 22. Januar.

Nach einer Meldung aus Peking haben die Truppen Tschangtsolins Schanghaikwan und Schingwangtao durchzogen und sollen jetzt über Schangli in Richtung auf Tientsin unterwegs sein, ohne bisher auf Widerstand gestoßen zu sein. Das Heer Kuomingtschangs sei in voller Auflösung begriffen, was die Annahme zulasse, daß Tschangtsolin in Einvernehmen mit Wuweifu handle und daß Sunschuanfang in Peking seine Politik leiten werde.

Ungarns Knebelung.

Der Druck des Vertrages von Trianon.

Budapest, 22. Januar.

Im Verlauf der heute fortgesetzten Debatte über das Honvedbudget verwies Abg. Budai darauf, daß die bewaffnete Macht Ungarns zu jener der Kleinen Entente im Verhältnis von 1 zu 17 steht. Abg. Malasics (Soz.) betonte u. a.: Die Sozialdemokratische Partei betrachtet die abgetrennten Gebiete als besetzte Gebiete, solange nicht eine Volksabstimmung über ihre Zugehörigkeit entscheidet. Ich bin zwar Pazifist, aber ich weiß, daß eine Zeit kommen kann, wo jeder Mann zur Waffe greifen muß für das Gebiet, wo er geboren wurde und lebt.

Der Honvedminister Graf Csaky erklärte: Ich befinde mich in der sonderbaren Lage gegenüber dem fast von allen Parteien bekundeten Wunsche, das Honvedbortefeuille besser zu dotieren, das Parlament zu bitten, sich mit dem kleinen Rahmen des Heeresbudgets zu begnügen. Man muß berücksichtigen, daß es einen Vertrag von Trianon gibt mit strengen Vorschriften, deren Innehaltung kontrolliert wird. Eine bei weitem nicht befriedigende, aber symptomatische Erscheinung ist es, daß es gelungen ist, gegenüber den militärischen Bestimmungen von Trianon einen ganz kleinen Erfolg beim Botschafterrat zu erzielen, indem gestattet wurde, die Mittel zum Schutze der Armee gegen Gasangriffe zu erhöhen. Dieses Ergebnis ist jedoch nicht befriedigend, denn ein eventueller Gasangriff wäre nicht nur gegen die Armee, sondern auch gegen die vollkommen schutzlose Bevölkerung gerichtet. Während die Ausgaben im Frieden für das Heerswesen 10 Prozent der Gesamtausgaben ausmachten, sind sie heute auf 7,3 Prozent zurückgegangen. Wenn man in Betracht zieht, daß mehr als ein Viertel der Ausgaben des Honvedbortefeuilles für Pensionäre ausgezahlt werden, und daß wir ein Südwestfront erhalten müssen, so ist die Verminderung der Ausgaben noch augenfälliger.

Solange unsere Nachbarn mit uns das Spiel von Wolf und Lamm spielen, haben wir keine andere Aufgabe als zu betonen, daß wir völlig abgerüstet haben. Wir haben unsere Verpflichtungen erfüllt. Es wäre ein Wahnsinn, uns in kriegerische Abenteuer einzulassen. Nicht wir gefährden den Frieden, sondern das große Mißverhältnis unserer Abrüstung zu den Rüstungen der Nachbarn und der Großmächte. (Großer Beifall auf allen Seiten.) Auf Grund des Friedensvertrages steht uns das Recht zu, die allgemeine Abrüstung zu verlangen. Wir können dem Locarnovertrag ähnliche Abkommen mit den Nachbarn nicht abschließen, solange die Abrüstung nicht auch ihrerseits erfolgt. (Großer Beifall.) Hierauf wurde das Budget des Honvedministeriums im allgemeinen angenommen.

Ernste Fragen.

Diktatur und Verfassungsreform.

Unsere Stellungnahme zu diesem Artikel behalten wir uns vor. D. Red.

Die Regierung der Mitte ist gebildet. Das Parlament hat noch einmal gesiegt. Ein Kompromiß zwischen den widerstreitenden Parteiinteressen kam zustande. Es ist kaum anzunehmen, daß diese Regierung sich lange halten wird, der Gegensätze innerhalb der jetzigen Regierungsparteien sind auf dem Gebiet der inneren Politik zu viele. Die großen Flügelparteien „warten ab", jederzeit bereit, die Regierung zu stürzen.

Die Schwere der Zeit fordert gebieterisch Handeln und nicht Verhandeln. Ersteres setzt aber das Innehalten einer Linie und scharfes Durchgreifen voraus. Dies ist von der heutigen Regierung kaum zu erwarten. Sie bildete sich unter dem Druck des Reichspräsidenten, dessen Verantwortungsgefühl kein längeres Zögern mehr duldete, und durch die Besorgnis der Parteien, sich bei weiteren Schwierigkeiten von ihrer Seite zwangsläufig selbst ausschalten. So wird sie von niemand im Volke begrüßt. Keine befreiende Tat, sondern ein Fortwurteln steht in Aussicht. Eine neue Regierungskrise wird bald die Folge sein. Um sie herauszuschieben, bedarf es des Ausgleichens der Parteiprogramme. Was das heißt, haben wir in den letzten Jahren genügend erfahren. Das Schiff schaukelt weiter. Mag der Sturm auch für einige Wochen weniger stark wehen, er wird wieder und immer heftiger blasen, bis das Kranke umgeworfen ist und das Gesunde sich durchsetzt.

Krank ist aber unser parlamentarisches Regierungssystem. Der neudeutsche Parlamentarismus hat versagt. Ob er noch aus sich heraus die Kräfte entwickeln wird, die notwendig dazu sind, um unser Volk aus der Not der Zeit, den wirtschaftlichen Sorgen, vor allem aus den nationalen Hemmnissen zu innerer Geschlossenheit herauszuführen, ist sehr fraglich.

Die unter den Verhältnissen von 1918/19 geschaffene Verfassung hat das große Verdienst gehabt, die Einheit des Reiches zu erhalten. Das zusammengebrochene Volk half sich so gut und so schnell wie möglich. Das war eine große historische Tat, die zu schmälern Unfug ist. Die Erfahrungen der letzten Sechs Jahre aber beweisen, daß diese Verfassung dringend der Abänderung bedarf, wenn die Grundkräfte unseres Volkes sich nicht gegenseitig aufreiben, sondern zu starkem Schwunge zusammengefaßt werden sollen. Man hat in den letzten Jahren und wird weiter an äußeren Erscheinungsformen herumdoktern und geht dem Uebel aus Furcht, Parteiprogramme zu verletzen, nicht an die Wurzel.

Ich erinnere nur an das Wahlsystem, das Versagen des Reichswirtschaftsrates, den dauernd schwärenden unitarischen Gedanken, den unseligen Flaggenstreit und vieles andere. Vor allem haben die letzten Jahre bewiesen, daß es starken Persönlichkeiten unmöglich ist, sich im politischen Leben durchzusetzen. Nicht Männer stehen sich im Kampf gegenüber, sondern Organisationen, Parteien. Sie stellen die Vorsitzenden, Geschäftsführer, Parteisekretäre an; diese haben nach den Weisungen der hinter ihnen stehenden Korporationen zu handeln mit all ihren zahllosen Bindungen und Reibungen.

Ist es denkbar, daß die neue Regierung sich überhaupt entschließen kann, alle diese Fragen aufzurollen, ohne daß sich die Parteien sofort in die Haare geraten?

Wenn aber nicht, wie ist eine Besserung der heutigen Verhältnisse möglich?

Mit Palliativmitteln ist nicht zu helfen. Die Hoffnung, daß es unserem ehrwürdigen Reichspräsidenten gelingen würde, die Masse der auseinanderstrebenden Elemente unseres Volkes zu einen, wie es sein heißes Wollen

Die vorliegende Zeitung enthält die Beilage

Der deutsche Beamte

(Nr. 4).